

Die kriegstreiberische Fiktion: Europas Elite und die Politik der Selbstzerstörung

Wenn eine Elite die Fähigkeit verliert, sich Dinge vorzustellen, etwas zu schaffen und andere zu überzeugen, kann dies ein Vorbote dafür sein, dass eine Ära zu Ende geht.



10. Oktober 2026 | Lorenzo Carrasco

In einem Anfall von Selbstdarstellung während des jüngsten Europäischen Arktis-Gipfels in Rovaniemi, Finnland, legten europäische Staats- und Regierungschefs Militäruniformen an, um ihre Bereitschaft zu einer Konfrontation mit Russland zu signalisieren, während der politische und mediale Apparat fast unisono Warnungen vor der „russischen Bedrohung“ wiederholt. Die offizielle Erklärung des Gipfels stellt die Sicherheit in den Mittelpunkt der Diskussionen und betont die Notwendigkeit, die europäische Präsenz und die Fähigkeiten in der Region zu stärken, die als strategisch wichtig für die Sicherheit des Kontinents angesehen wird.

Diese Inszenierung hat etwas zutiefst Beunruhigendes an sich. Diese Staats- und Regierungschefs präsentieren sich als Vertreter von Gesellschaften, die für den Krieg mobilisiert sind, obwohl sie zutiefst gesplante Länder regieren und mit einem zunehmenden Vertrauensverlust in der Bevölkerung konfrontiert sind. Allein diese Kluft – zwischen der Rhetorik der Führung und der tatsächlichen Stimmung in ihren Gesellschaften – sollte zur Vorsicht mahnen. Stattdessen erleben wir die Schaffung einer psychologischen Atmosphäre der Konfrontation. Und genau darin liegt die Gefahr.

Das tatsächliche Risiko der Selbstzerstörung

Erstens handelt es sich um eine gewisse Selbsttäuschung, da Europa nicht über die industriellen Kapazitäten verfügt, die erforderlich wären, um eine lang anhaltende militärische Mobilisierung in dem von dieser kriegstreiberischen Rhetorik suggerierten Ausmaß eigenständig aufrechtzuerhalten. Gerade die Bemühungen, die Vorräte wieder aufzubauen, die Munitionsproduktion hochzufahren

und die industriellen Kapazitäten wiederherzustellen, zeigen, wie stark diese Infrastruktur in den letzten Jahrzehnten abgebaut wurde. Das gravierendste Problem ist jedoch nicht industrieller, sondern strategischer Natur.

Die Russische Föderation verfügt über ein gewaltiges Atomwaffenarsenal und hochmoderne Angriffssysteme, darunter Hyperschallraketen. Das bedeutet zwar nicht, dass Russland in jedem Bereich technologisch überlegen ist, weist jedoch auf einen für diese Diskussion weitaus wichtigeren Aspekt hin: Jeder direkte Krieg zwischen der Nordatlantik-Vertragsorganisation (NATO) und Russland würde Streitkräfte involvieren, die in der Lage sind, Zerstörung in zivilisatorischem Ausmaß anzurichten. Russland und die USA verfügen nach wie vor über den überwiegenden Großteil der vorhandenen Atomsprengeköpfe, während die großen Atommächte ihre Arsenale modernisieren und die Mechanismen der Rüstungskontrolle schwächer werden.

Daher ist es kein Akt des Mutes, eine direkte Konfrontation mit Russland lediglich als eine weitere außenpolitische Option zu betrachten; vielmehr bedeutet dies, die Möglichkeit der Selbstzerstörung heraufzubeschwören.

Sobald eine bestimmte Schwelle überschritten ist, gibt es keine Garantie mehr dafür, dass die Ereignisse unter der Kontrolle derer bleiben, die sie ausgelöst haben. Das ist der entscheidende Punkt, der in der aktuellen kriegstreiberischen Inszenierung fehlt.

Und es gibt noch etwas Beunruhigenderes. Die Sprache der Zerstörung wird erneut offen von westlichen Staats- und Regierungschefs selbst verwendet. Vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen erklärte Präsident Donald Trump, die USA könnten den Iran „vernichten“, sollte keine Einigung erzielt werden.

Wenn eine Drohung dieser Art – eine „Endlösung“ – bei der UNO ausgesprochen werden kann, ohne einen politischen Bruch auszulösen, der der Ungeheuerlichkeit dieser Aussage angemessen wäre, dann geschieht etwas äußerst Ernstes mit der westlichen Wahrnehmung der Grenzen des Krieges. Denn die Normalisierung der Sprache der Vernichtung bleibt nicht unbedingt auf den Gegner beschränkt, gegen den sie ursprünglich gerichtet war.

Heute mag es der Iran sein. Morgen, in einer Eskalationsspirale, die sich jeder Kontrolle entzieht, könnten es europäische Städte sein. In diesem Sinne sind die aktuellen kriegstreiberischen Fantasien nicht mehr nur politische Positionsbekundungen, sondern stellen eine konkrete Gefahr der Selbstzerstörung für die europäische Zivilisation dar.

Europa, das jahrhundertlang ein grundlegendes Zentrum der westlichen Zivilisation war, hat zwei Weltkriege durchlebt und weiß aus erster Hand, was es bedeutet, politische Rivalitäten in Vernichtungskriege zu verwandeln. Genau aus diesem Grund würde man erwarten, dass seine Führungskräfte als Erste begreifen, dass ein Krieg zwischen Atommächten keine zweite Chance bietet, Fehleinschätzungen zu korrigieren.

Doch wir sehen, wie sie mit militärischen Symbolen spielen, mit Rhetorik, existentiellen Feinden und der Aussicht auf eine Konfrontation, als lebten wir noch immer in der Welt, die vor Hiroshima und Nagasaki existierte. Genau darin liegt das Wesen dieser Fiktion: den Krieg als leicht zugängliches politisches Instrument darzustellen, ohne sich voll und ganz mit den tatsächlichen Folgen auseinanderzusetzen. Und sollte die Konfrontation außer Kontrolle geraten, wird der Preis nicht nur

von Regierungen, Parteien oder Militärbündnissen gezahlt, sondern von eben jener Zivilisation, die diese Führer angeblich verteidigen.

Wer braucht diese Drohung?

Fragen wir also: Wer steckt hinter all diesen Lügen? Wer finanziert dieses Schauspiel? Wer braucht diese ständige Atmosphäre der Bedrohung? Und warum scheint eine politische Ordnung, die sich einer offensichtlichen Legitimitätskrise gegenüber sieht, in der Aussicht auf einen Krieg eines der letzten Narrative zu finden, mit denen sie ihr eigenes Überleben rechtfertigen kann?

Die einfachste Antwort wäre, diese Haltung als Versuch zu erklären, unpopuläre Regime durch die Beschwörung einer imaginären externen Bedrohung zu stützen und gleichzeitig aufstrebende politische Kräfte zu verurteilen oder zu unterdrücken, die als ausländische Agenten oder Werkzeuge einer feindlichen Macht dargestellt werden – in diesem Fall in Verbindung mit dem russischen „Ungeheuer“.

Zweifelloos steckt darin ein Körnchen Wahrheit. Die Geschichte bietet zahlreiche Beispiele dafür, dass Regierungen auf externe Bedrohungen zurückgreifen, um den bröckelnden inneren Zusammenhalt wiederherzustellen, Gegner zu diskreditieren und Maßnahmen zu rechtfertigen, die unter normalen Umständen auf größeren Widerstand stoßen würden. Doch diese Erklärung reicht nicht aus. Bei der Krise geht es nicht nur um die Legitimität einer Gruppe europäischer Staats- und Regierungschefs; sie betrifft das System selbst, das sie an die Macht gebracht hat – und genau dieses System befindet sich in der Krise.

Die Krise der liberal-finanziellen Ordnung

Die sogenannte „regelbasierte Welt“, die finanzielle Globalisierung, der zum Dogma erhobene Freihandel und die fortschreitende Verdrängung der Realwirtschaft durch die Finanzialisierung werden durch das Wiederaufleben des souveränen Nationalstaats, der Industriepolitik, der Energiesicherheit, strategischer Lieferketten und der Verteidigung nationaler Wirtschaftsinteressen in Frage gestellt.

Paradoxerweise könnte diese Rückkehr des Nationalstaats dem Westen auch einen Weg bieten, einige seiner eigenen – im Wesentlichen christlichen – zivilisatorischen Wurzeln wiederzuentdecken, in denen politische Macht nicht als absolut verstanden wurde, sondern einer höheren moralischen Ordnung unterworfen war.

Auf einer tieferen Ebene verbirgt sich hinter diesen Chimären jedoch eine noch größere Krise: die Krise des liberal-finanziellen Systems, das sich um „unabhängige“ Zentralbanken organisiert, die wachsende Autonomie der Finanzmacht gegenüber den nationalen Gemeinschaften und ein Wirtschaftsmodell, das über Jahrzehnte hinweg den Schwerpunkt des Reichtums zunehmend von der Produktion hin zu Finanzerträgen verlagert hat.

Dieses System hat seine historischen Wurzeln in der Entstehung der anglo-niederländischen Handels- und Finanzordnung des 17. und 18. Jahrhunderts – einer Ordnung, die in der Folge durch britische und später amerikanische imperiale und finanzielle Strukturen auf weite Teile der Welt übertragen wurde.

Im Laufe der Zeit hat dieses Modell neue Formen angenommen, dabei jedoch ein wesentliches Merkmal beibehalten: die Fähigkeit der Finanzmacht, sich als eine Realität zu präsentieren, die fast außerhalb der Politik steht, als ob ihre Entscheidungen technischer Natur, neutral und unabhängig von den souveränen Entscheidungen der Gesellschaften wären. Genau diese Architektur wird nun in Frage gestellt.

Eine säkulare Religion ohne das Versprechen der Erlösung

Das den westlichen Oligarchien zugrunde liegende System hat die Fähigkeit verloren, Ideen und Projekte zu entwickeln, die Gesellschaften für eine Zukunftsvision zu mobilisieren vermögen. Diese Unfruchtbarkeit spiegelt sich auch in der Mittelmäßigkeit vieler Führungskräfte wider, die derzeit eher als Verwalter einer in der Krise steckenden Ordnung agieren statt als Schöpfer einer neuen politischen Realität. Die liberale Politik hat sich somit in eine Art säkulare Religion verwandelt, der jegliches Versprechen der Erlösung fehlt. Und dies ist vielleicht eines ihrer beunruhigendsten Merkmale.

Die großen politischen Bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts versprochen – selbst wenn sie ganze Gesellschaften in die Katastrophe führten – noch immer eine Form historischer Erlösung: die klassenlose Gesellschaft, nationale Größe, ein Imperium, die Revolution, den „neuen Menschen“ oder eine vermeintlich endgültige zukünftige Ordnung.

Die säkulare Religion der zerfallenden liberalen Ordnung bietet nicht einmal mehr das. Sie verlangt Opfer, ohne die Aussicht auf ein zukünftiges Paradies in Aussicht zu stellen. Sie verlangt Verarmung im Namen der Stabilität, einen Verlust an Souveränität im Namen von Regeln, Deindustrialisierung im Namen von Effizienz und „Umweltschutz“ sowie Zensur im Namen der Demokratie; letztendlich akzeptiert sie sogar das Risiko eines Krieges, um eine Ordnung zu bewahren, deren Zweck sie nicht mehr erklären kann. Es gibt kein echtes Versprechen der Erlösung mehr. Es gibt nur noch das Versprechen, dass das System weiterbestehen wird. Mit den Worten des ehemaligen EU-Außenbeauftragten Josep Borrell: „Wir sind der Garten Eden; der Rest ist der Dschungel.“

An diesem Punkt hört die Politik auf, die Gesellschaft zu verteidigen, und verlangt stattdessen von der Gesellschaft, sich selbst zu opfern, um das System zu verteidigen. Genau hier kann eine säkulare Religion selbstzerstörerisch werden: wenn die Erhaltung der bestehenden Ordnung wichtiger wird als die Erhaltung der Menschen, die unter dieser Ordnung leben.

Von der kreativen Minderheit zur dominanten Minderheit

Dies ist vielleicht eines der tiefgreifendsten Anzeichen für die Erschöpfung einer Zivilisation. Eine Elite hört auf, kreativ zu sein, wenn sie sich keine Zukunft mehr vorstellen kann, die über die bloße Fortführung ihrer selbst hinausgeht.

Der englische Historiker Arnold Toynbee hat dieses Phänomen mit tiefem Einfühlungsvermögen erfasst, als er zwischen der kreativen Minderheit und der dominanten Minderheit unterschied. Eine kreative Minderheit übt Führung aus, weil sie Antworten bietet, die zur Loyalität inspirieren können. Ihre Autorität beruht auf ihrer Fähigkeit, auf historische Herausforderungen zu reagieren und neue Formen der Organisation, Kultur und Bedeutung zu schaffen. Wenn diese Fähigkeit schwindet, kann sich die ehemals kreative Minderheit in eine dominante Minderheit verwandeln – eine, die nicht mehr durch Inspiration führt, sondern sich durch Kontrolle aufrechterhält. Überzeugungskraft

wird zunehmend durch Disziplin ersetzt; Vorstellungskraft durch Verwaltung; Vision durch Propaganda; und Vertrauen durch Angst.

Genau an diesem Punkt läuft das System Gefahr, die Krise selbst zur Rechtfertigung für sein Fortbestehen zu machen. Je mehr es versagt, desto mehr Macht fordert es. Je mehr Legitimität es verliert, desto mehr Feinde braucht es. Je weniger es in der Lage ist, sich eine Zukunft vorzustellen, desto dramatischer muss es die Gegenwart als existenziellen Kampf darstellen.

Wenn das Zeitliche an die Stelle des Transzendenten tritt

Hier treffen die Überlegungen des deutsch-amerikanischen Philosophen Eric Voegelin zu totalitären Ideologien als „politischen Religionen“ auf Toynbees Vorstellungen vom Zerfall von Zivilisationen. Wenn eine Gesellschaft ihren Bezug zu einer transzendenten Ordnung verliert, verschwindet das menschliche Bedürfnis nach dem Absoluten nicht unbedingt; es kann sich einfach auf etwas anderes verlagern. Die Nation, die Rasse, die Klasse, die Partei, die Revolution, der Markt, „die Regeln“ oder die Demokratie (nicht nur als politisches System, sondern als absolute moralische Kategorie verstanden) – jede weltliche Realität kann sakralisiert und in einen Status erhoben werden, der über jede Hinterfragung erhaben ist.

In diesem Prozess tritt das Zeitliche an die Stelle des Transzendenten. Doch es gibt einen wesentlichen Unterschied zwischen den politischen Bewegungen der Vergangenheit und dieser potenziellen säkularen Religion einer erschöpften Ordnung. Erstere versprachen eine zukünftige Erlösung. Letztere scheint gegenwärtige Opfer zu fordern, allein um das Verschwinden des Systems zu verhindern. Es ist eine säkulare Religion ohne Endzeitlehre, ohne Paradies, ohne einen „neuen Menschen“ oder einen wahrhaft neuen Horizont. Ihre einzige Zukunft ist die unbegrenzte Fortsetzung der Gegenwart.

Wenn Angst die Vorstellungskraft ersetzt

Diese Zukunftslosigkeit könnte durchaus die zunehmende Bedeutung der Angst erklären: Angst vor dem äußeren Feind, vor einem Bruch, vor Dissens, vor dem Kontrollverlust. Es ist die Angst, dass das, was jahrzehntelang als unvermeidlich dargestellt wurde, plötzlich nicht mehr unvermeidlich sein könnte. Wenn eine Ordnung keine Hoffnung mehr wecken kann, muss sie Angst schüren.

Und wenn Angst die Vorstellungskraft verdrängt, kann sich Konflikt in eine Form der Legitimation verwandeln. Krieg ist dann nicht mehr nur ein externes Instrument der Politik, sondern kann zu einer inneren Notwendigkeit des Systems werden. Genau hier nehmen die heutigen kriegstreiberischen Fantasien eine Dimension an, die weit über die alltäglichen Debatten über Russland, die Ukraine, die NATO oder Militärausgaben hinausgeht.

Die Frage wird zu einer Frage der Zivilisation. Eine Ordnung, die die Fähigkeit verloren hat, sich ihre eigene Zukunft vorzustellen, könnte beginnen, Risiken einzugehen, die unter normalen Umständen undenkbar wären. Sie könnte schließlich das Überleben ihrer eigenen Strukturen mit dem Überleben der Zivilisation selbst gleichsetzen. Und diese Verwechslung gehört zu den gefährlichsten Fehlern, die eine Elite begehen kann. Denn Institutionen, Wirtschaftsordnungen und politische Systeme sind historische Konstrukte; Zivilisationen sind weitaus größer als diese. Wenn ein System zu fordern beginnt, dass die Zivilisation sich selbst aufs Spiel setzt, damit das System überleben kann, hat sich das Verhältnis zwischen Mitteln und Zielen vollständig umgekehrt.

Anzeichen für das Ende einer Ära

An diesem Punkt kann man wirklich von Selbstzerstörung sprechen.

Eine Zivilisation beginnt möglicherweise mit der Selbstzerstörung, nicht weil sie aufgehört hat zu glauben, sondern weil sie ihre eigene historische Ordnung zu einem Objekt absoluten Glaubens gemacht hat. Und wenn Führungskräfte sich keine andere Zukunft mehr vorstellen können als die, die sie verwalten; wenn Krieg die Politik zu verdrängen beginnt; wenn Angst die Vision ablöst; wenn die Erhaltung von Institutionen als wichtiger erachtet wird als die Menschen, für die diese Institutionen eigentlich da sein sollten – dann stehen wir nicht nur vor einer politischen oder wirtschaftlichen Krise, sondern vor einer tiefgreifenden Krise der Zivilisation selbst.

Wenn eine Elite die Fähigkeit verliert, sich Dinge vorzustellen, etwas zu schaffen und andere zu überzeugen, kann dies ein Vorbote dafür sein, dass eine Ära zu Ende geht. Das bedeutet jedoch nicht zwangsläufig, dass die Zivilisation dem Untergang geweiht ist. Es kann genau das Gegenteil bedeuten: dass Strukturen, die den aktuellen Herausforderungen nicht mehr gewachsen sind, Platz machen für andere Organisationsformen, neue Ideen und die Wiederentdeckung von Prinzipien, die vergessen schienen.

Der Verlust einer bestimmten Ordnungsvision bedeutet jedoch nicht das Ende der menschlichen Vorstellungskraft. Wenn die Machthaber nichts anderes mehr ersinnen können als ihren eigenen Fortbestand, könnte dies durchaus das allererste Anzeichen dafür sein, dass etwas Neues im Anmarsch ist.